

Die soziale Frage in der Postdemokratie

Oliver Eberl/David Salomon

Der schleichende Prozess der „Demokratieentleerung“, dem die etablierten demokratischen Systeme Europas und Amerikas gegenwärtig unterliegen, fordert nicht nur eine auf Demokratisierung orientierende politische Praxis, sondern auch die Demokratietheorie heraus. Auch wenn seine Ursachen bereits im „Erdrutsch“ (Hobsbawm 1998: 501) der 1970er Jahre liegen, so hat die „multiple Krise“ (Brand 2009) seit 2008 die Lage erkennbar verschärft. Spätestens nun wurde deutlich, dass die Behauptung, ökonomisches Handeln auf Märkten sei „unpolitisch“, durch die gravierenden Auswirkungen der Finanzmärkte auf demokratische Politik in Frage gestellt wird. Rolf-E. Breuers (freilich keineswegs kritisch gemeinte) Vision von Finanzmärkten als einer „Fünften Gewalt“, gar als der „wirkungsvollsten Kontrollinstanz staatlichen Handelns“ (Breuer 2000) erwies sich im Lichte der Krise als Realität. Eindringlich hat Wolfgang Streeck in seinem Buch „Gekaufte Zeit“ (2013) und die Debatte um die darin gezogenen Euro-kritischen Schlussfolgerungen (Blätter für deutsche und internationale Politik 2013) die politische Tragweite dieser Entwicklung scharf herausgearbeitet. Ebenso grundsätzlich hat Frank Nullmeier auf die Notwendigkeit einer „politischen Theorie der Marktökonomie“ verwiesen (Nullmeier 2013) und klargestellt, dass Marktprozesse und -akteure nur um den Preis der Selbstmarginalisierung aus demokratietheoretischen Betrachtungen ausgeschlossen werden können.

Rezeptionsgeschichtlich entscheidend für den Erfolg des Begriffs „Postdemokratie“ war, dass die Wirklichkeit ihm entgegen kam: Die deutsche Ausgabe von Colin Crouchs Essay

„Postdemokratie“ (2008) erschien, als mit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank die weltweite Wirtschaftskrise ihren Ausgang nahm. Auch wenn Crouchs Schrift bereits fünf Jahre zuvor auf Englisch erschienen war, und der Begriff auf eine Vorlesung Rancières noch aus den neunziger Jahren zurückgeht (Rancière 2010), begann eine breite Rezeption erst im Lichte der sich überschlagenden Krisendiagnosen.¹ Von nun an nahmen alle Versuche, zeitdiagnostisch die „Krise der Demokratie“ zu fassen, wenigstens implizit Bezug auf Crouch. Von dieser unbestreitbaren Bedeutung des Konzepts ausgehend, wollen wir im folgenden Beitrag der Frage nachgehen, ob Crouchs Diagnose selbst eine ausbuchstabierte *Demokratietheorie* enthält, die jene Krisenprozesse angemessen konzeptionell bearbeiten kann. Neben der Frage, wie Crouch das Verhältnis von Politik und (Markt)Ökonomie fasst, wollen wir dabei vor allem auf zwei Aspekte rekurrieren, die unmittelbar auf die *normativen* Implikationen des „Postdemokratiethorems“ verweisen: (1) Wie geht die Postdemokratiethese mit der *sozialen Frage* um, die schon vor der Krise ein unverkennbares Comeback erlebte? (2) Welche Rolle kommt sozialen Bewegungen bei einer Überwindung der Postdemokratie bzw. einer anvisierten Redemokratisierung zu? In der Betrachtung von Crouchs Theorem wird deutlich, dass es gerade in Zeiten der postdemokratischen Tendenz Überlegungen zur Lösung der sozialen Frage bedarf, die über diejenigen Crouchs hinausgehen. Demokratietheorie benötigt – so werden wir argumentieren – eine *klassentheoretische* Neufundierung, um das Zusammenfallen von sozialer und demokratischer Frage in der Postdemokratie angemessen zu erfassen.

1 | Die soziale als demokratische Frage

Der Erfolg seines Essays (Crouch 2008) begründet sich konzeptionell darin, dass Crouch in ihm verschiedene, zuvor verstreut behandelte, Ergebnisse politikwissenschaftlicher und soziologischer Forschung bündelte und auf den zeitdiagnostischen Begriff „Postdemokratie“ brachte (Eberl/Salomon 2013: 415). So konnte er schlüssig erklären, dass sich die alten Demokratien Europas und Nordamerikas durch die Apathie der Wählerschaften, den Aufstieg transnationaler Großkonzerne zu mächtigen Akteuren, den Abbau des Sozialstaates und die Verquickung der Eliten von Politik und Wirtschaft in einer Krise befinden, die sie sukzessive einem „postdemokratischen“ Zustand annähert. Als postdemokratisch klassifiziert Crouch politische Systeme, die in ihrer Ausprägung sozialer Macht und ihrer Auflösung des Wohlfahrtsstaates wieder vordemokratische Züge angenommen haben, deren demokratische Form aber weiterhin besteht und auch nicht offen infrage gestellt wird. Obwohl die Form des politischen Systems intakt bleibt, zehre die Auflösung des in den fordistischen Wohlfahrtsstaaten etablierten Zusammenhangs von politischer Demokratie und sozialer Absicherung, die *demokratische* Substanz der Gesellschaft auf. Mit dieser Argumentation räumt Crouch der sozialen Frage zumindest implizit eine zentrale demokratietheoretische Stellung ein. Postdemokratisierung erscheint als ein Prozess, in dem neue Armut und Marginalisierung zu einer Schwächung von Gegenmacht von unten führen, während als ökonomische Hauptakteure und Nutznießer dieses Prozesses transnationale Konzerne ausgemacht werden können, deren Aufstieg auf die neoliberale Agenda in der Weltwirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Auch die Machtstellung der Finanzmärkte führt Crouch (2011: 143f.) auf diese Agenda zurück: Während im klassischen keynesianischen Kapitalismus der Staat „deficit spending“ betrieb, so sei die Weltökonomie der transnationalen Großkonzerne zunehmend von einem „neoliberalen Keynesianismus“, von „Privater Verschul-

dung statt Staatsverschuldung“ (Crouch 2011: 143) geprägt, einem – wie Crouch betont – freilich äußerst krisenanfälligem Regime.

Hatten die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsmodelle (Esping Andersen 1990) der fordistischen Ära zeitweise den Eindruck erweckt, zumindest im Inneren der hochindustrialisierten Zentren nicht nur die Krisentendenzen kapitalistischer Ökonomie beseitigt (Habermas 1973), sondern damit zugleich auch das Problem der durch sie induzierten Massenverelendung gelöst zu haben, ist die Periode seit 1973 von einer Rückkehr der Krisen und der Armut geprägt. Bereits die Arbeitslosenstatistiken der 1990er Jahre zeigten, dass die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit längst nicht gebannt war (Ludwig-Mayerhofer 2008). Im Kontext der jüngsten Krisenprozesse und der auf sie reagierenden Austeritätspolitik kam es zu einer weiteren Verschärfung (Schäfer/Streeck 2013). Jugendarbeitslosigkeit, Abbau der Gesundheitsfürsorge und Hunger prägen Europa wie seit 60 Jahren nicht mehr. Ein Sechstel der europäischen Bevölkerung lebt derzeit an der Armutsgrenze und es muss mit einer Verschärfung gerechnet werden, weil sich die Folgen der kriseninduzierten Verarmung langfristig ausprägen (IRFC 2013). Die soziale Frage, die somit in verschärfter Form in die Zentren des Kapitalismus zurückgekehrt ist, erscheint dabei längst nicht mehr allein als eine Frage von Arbeitslosigkeit, sondern zugleich auch als das Problem prekärer Beschäftigung (Castels/Dörre 2009). Die Figur des „Working Poor“, die Barbara Ehrenreich einst am Beispiel der USA beschrieben hatte (Ehrenreich 2001), hat inzwischen auch die Arbeitswelten der europäischen Zentren erreicht. Auch der jetzt eingeführte Mindestlohn garantiert nur ein Einkommen von Brutto 1428 Euro und liegt damit immer noch unter dem „Armutslohn“ (DGB).² In diesem Sinne kann von einer tiefen „Krise der Gleichheit“ gesprochen werden (Rosanvallon 2013), die das Zeitalter sozialen Ausgleichs zu beenden und damit zugleich die auch für bürgerlich-demokratische Verhältnisse konstitutive politische Gleichheit zu beseitigen droht.

Dass zwischen sozialer Lage und der Beteiligung an demokratischen Verfahren ein lange geleugneter oder falsch gedeuteter Zusammenhang besteht, wurde – wie zur Präzisierung der Postdemokratiethese – insbesondere von Armin Schäfer herausgearbeitet und empirisch belegt. Demnach findet sich bei Reichen eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung und bei Armen eine unterdurchschnittliche (Schäfer 2010). Diese empirischen Befunde geben Crouchs idealtypischer Zeichnung der Postdemokratie als eines Zustands, in dem „[d]ie Mehrheit der Bürger [...] eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ spiele (Crouch 2008: 10) die notwendige Konkretisierung. Denn nicht die „Mehrheit der Bürger“, sondern wachsende Teile der sozialen Unterklassen ziehen sich von der politischen Partizipation zurück (Schäfer 2008). Dieser von Crouch, der ausschließlich die traditionelle Industriearbeiterschaft im Blick hat, übersehene Umstand verschärft seine Diagnose gerade im Hinblick auf Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen vordemokratischen und postdemokratischen Formen politischer Ungleichheit: Wurden Unterschichten im 19. Jahrhundert lange Zeit durch einen Wahlzensus *förmlich* von Partizipationsrechten ausgeschlossen, so ziehen sie sich nun resigniert selbst zurück (Losurdo 2008: 376). Dies führt in doppelter Weise zur Entleerung der Demokratie: „von oben“ durch die zunehmende Elitenverflechtung, „von unten“ durch Abwendung von Wahlen. Doch ist noch immer die Teilnahme an Wahlen die Partizipationsform, in der politische Gleichheit am ehesten verwirklicht werden kann (Nullmeier 2012). Gerade jene direktdemokratischen Teilnahmeformen, die oftmals als Patentrezept demokratischer Erneuerung präsentiert werden, tangieren dagegen die politische Gleichheit negativ (Schäfer/Schoen 2013). Partizipation bleibt faktisch den Mittel- und Oberschichten vorbehalten, die allerdings tatsächlich einen besonderen Aktivismus entfalten. Dieses Engagement stellt jedoch die soziale Frage nicht zentral (wie bei den Protesten gegen Stuttgart 21), berührt sie kaum (etwa beim jüngsten Nichttraucherge-

setz in Bayern) oder setzt Forderungen durch, die den Gleichheitsinteressen von Unterklassen direkt entgegengesetzt sind (so beim Hamburger Schulstreit). Solcher demokratische Aktivismus markiert keinen Ausweg aus der „Postdemokratie“, sondern ist selbst eines ihrer Symptome³, da er zur Verschärfung der sozialen Spaltung in Fragen der Partizipation beiträgt. Die Wiederbelebung der Demokratie als ein Projekt der Gleichen muss daher durch die gleichzeitige Thematisierung des Demokratischen und des Sozialen erreicht werden. Dies freilich erfordert eine genauere Bestimmung des sozialen Gehalts der demokratiethoretischen Diskussionen, der Crouch – wie im Folgenden weiter auszuführen sein wird – aller impliziten Zentralstellung der sozialen Frage zum Trotz nur teilweise gerecht wird.

2 | Postdemokratie und Sozial(e)Demokratie – Crouchs postproletarische Perspektive

Gegen die im vorigen Abschnitt behauptete Identität von sozialer und demokratischer Frage könnte eingewandt werden, dass der unterstellte Demokratiebegriff zu anspruchsvoll sei, dass die demokratische Gleichheit nur eine „spezifische [...] unserer Eigenschaften“ nämlich „unsere politische Freiheit“ betreffe (Möller 2008: 16). Diesem, wenn man so will klassisch liberaldemokratischen Einwand, kann jedoch entgegengehalten werden, dass das Verschwinden des Zusammenhangs von sozialer und politischer Gleichheit erst ein Spezifikum *bürgerlicher* Demokratie ist: „Nur im Kapitalismus ist es möglich geworden, die Eigentumsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit intakt zu lassen, während die Demokratisierung der bürgerlichen und politischen Rechte zugelassen wurde.“ (Wood 2010: 205f.). Auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der für sie charakteristischen *relativen* Trennung von Ökonomie und Politik konnten nicht nur gesellschaftstheoretisch normative, *legitimatorische* Trennmodelle (Nullmeier 2013: 428) formuliert werden, die die Untaug-

lichkeit politischer Eingriffe in die Sphäre der ökonomischen Reproduktion postulierten, sondern auch ein *liberales* Demokratiemodell, das politische Gleichheit ohne soziale Egalität, politische ohne soziale Demokratie propagierte. Diese „Neudefinition der Demokratie“ (Wood 2010: 215), die Wood – anders als Rosanvallon – im US-amerikanischen Verfassungskonflikt nach dem Unabhängigkeitskrieg verortet, führte zu der – idealtypisierend gesprochen – für das 19. und 20. Jahrhundert charakteristischen Verdoppelung normativer Demokratietheorie. Der von bürgerlich-demokratischen Kräften getragenen Forderung nach einer Beschränkung des demokratischen Prinzips der „gleichberechtigten Teilhabe aller“ (Abendroth 2008: 415) auf die politische Sphäre, stand der Demokratiebegriff der Arbeiterbewegung entgegen, der die Forderung nach seiner Ausdehnung „zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft“ (ebd.: 416) enthielt. Als Träger eines so verstandenen Programms *sozialer Demokratie* wurde das Proletariat, bzw. wurden die seine Gleichheitsinteressen vertretenden und organisierenden Institutionen der Arbeiterbewegung angesehen. Die in der Sphäre ökonomischer Reproduktion angesiedelte Klassenspaltung, so die zentrale These, markiere kein bedauernswertes vor- oder außerpolitisches Ungleichheitsphänomen, das nachgeordnet politisch zu bearbeiten sei, sondern die zentrale *politische* Konfliktlinie bürgerlicher Vergesellschaftung. Dieser Auffassung konnte in den entwickelten Wohlfahrtsstaaten die These entgegen gehalten werden, die Annahme einer Identität von Majorität und freien Armen sei empirisch und gesellschaftstheoretisch unplausibel geworden. Kein Teil der Gesellschaft könne mehr allein Träger des Allgemeinen, keine Klasse allein Träger des moralischen Bewusstseins sein. Daher ist es umso bemerkenswerter, dass die These von Occupy von den 99% gegen das 1%, heute wieder plausibel formuliert werden kann, zumindest was das 1% angeht (Neckel 2013).

Auch für Crouch ist die einmal erreichte sozialstaatliche Absicherung Produkt histori-

scher Auseinandersetzungen und Kämpfe. Entscheidender als Crouchs viel kritisierte Annahme eines in der Vergangenheit liegenden „Augenblicks der Demokratie“ (Crouch 2008: 14, zur Kritik vgl. etwa Haus 2012, Sauer 2011), erweist sich für den Zusammenhang von sozialer Frage und Postdemokratie daher seine These vom „Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse“ (ebd.: 71). Die Tendenz zur politischen Oligarchisierung, die in der Postdemokratietheorie diagnostiziert wird, ist Crouch zufolge wesentlich ein Ausdruck der Defensive, in die die Arbeiterbewegung nach dem Siegeszug neoliberal inspirierter Wirtschaftspolitik geriet. Damit vertritt er eine Variante der Postdemokratietheorie, die mit Michael Haus als eine postproletarische Perspektive beschrieben werden kann (Haus 2012). Im Unterschied zu neorepublikanischen, in erster Linie auf institutionelle Reformen und alternative Beteiligungsverfahren orientierenden Ansätzen – Haus verweist hier auf Arbeiten Hubertus Buchsteins und besonders Dirk Jörkes (zuletzt Jörke 2013) –, beruht die postproletarische Perspektive auf zwei wesentlichen Prämissen, die das Verhältnis zwischen Postdemokratietheorie und dem Traditionsbestand von normativen Theorien sozialer Demokratie selbst betreffen: Zum einen gehen sie von der Notwendigkeit einer sozial verankerten Trägerschaft der Demokratisierungsforderung aus, zum anderen konstatieren sie jedoch, dass ein organisiertes und politisch handlungsfähiges Industrieproletariat, nicht mehr alleiniger Adressat und einziger Akteur der Veränderung sein kann.

Crouch, der ein recht ständisches Konzept der (Industrie)Arbeiterklasse vertritt, beantwortet die für jede postproletarische Postdemokratietheorie zentrale Frage nach dem neuen Subjekt der demokratischen Veränderung, letztlich mit der These einer zivilgesellschaftlich erneuerten Sozialdemokratie. Diese Position entwickelt er ausgehend von einer Kritik der existierenden Sozialdemokratie, der er das althergebrachte Grundvertrauen zunächst verweigert: Politik sei „aufgesplittert“ zwischen Parteien, Lobbys, NGOs und Bürgerinitiativen,

wovon die „Reichen und Mächtigen“ systematisch profitierten. Demnach sei, wer sich „an das alte Modell der monolithischen Partei klammert“, nur „nostalgisch“ (Crouch 2008: 141). Daraus resultiere, dass Einfluss sowohl durch die Parteien als auch von außen auf die Parteien ausgeübt werden solle. Sind für Crouch auch soziale Bewegungen, Lobbys und Parteien gleichermaßen relevante Akteure der Öffentlichkeit, so bieten ihm zufolge letztlich doch Parteien das größte Potential, wenn es darum geht, „das Ziel der politischen und sozialen Gleichheit durchzusetzen“ (ebd.: 156). Die Enttäuschung über die Sozialdemokratie der 1990er Jahre wird somit letztlich in eine Hoffnung auf das künftige Zusammenwirken von Sozialdemokratie und sozialen Bewegungen transformiert. Gerade im Kontext dieses Erneuerungsprojekts zeigt sein Text durchaus die Bereitschaft, soziale Kämpfe auch jenseits der Formen und Policies etablierter Parteien als bedeutsam anzuerkennen: „Der soziale Kompromiß, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts geschlossen wurde, sowie das damit verbundene wahrhaft demokratische Interregnum gelten zwar aus heutiger Sicht als Inbegriff des sozialen Friedens, doch sie wurden in einem Feuer geschmiedet, das auch von Unruhen genährt wurde. Daran sollten wir uns immer erinnern, wenn wir demonstrierende Globalisierungsgegner für ihre Gewalttätigkeit, ihren Anarchismus oder die Tatsache kritisieren, daß sie keine realistische Alternative zum Kapitalismus präsentieren. Wir müssen uns der Frage stellen: Wenn es nicht tatsächlich zu jener massiven Eskalation des Protests und des Widerstands kommt, auf die diese Demonstrationen setzen, was könnte den globalen Unternehmen dann eine solche Angst um ihre Gewinne einjagen, daß ihre Vertreter an den Verhandlungstisch zurückkehren?“ (ebd.: 157). Im Horizont dieser Passage erscheint folglich ein mehrschichtiges Bündnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen als Akteur künftiger Redemokratisierung.

Eine wesentliche Rolle darin übernimmt die „Zivilgesellschaft“, die Crouch als eigenstän-

dige Sphäre jenseits von Staat und Wirtschaft konzipiert. In Parteien, Kirchen, Bürgerinitiativen, karitativen Institutionen und Berufsverbänden macht Crouch fünf zivilgesellschaftliche Akteursgruppen aus, „deren Handeln moralisch motiviert“ sei (Crouch 2011: 215ff.): „Der Markt hingegen ist amoralisch“ (ebd.: 207) und auch das „Unternehmen steht außerhalb der Moral und strebt nach Profit“ (ebd.: 209). Im *moralischen* Aktivismus sieht Crouch daher ein mögliches Korrektiv zur „absoluten Priorität von wirtschaftlicher Effizienz“ einerseits (ebd.: 215) und zum „Staat, insofern er sich als der alleinige Hüter gesellschaftlicher Moral versteht“ (ebd.) andererseits. In dieser Konstellation sieht er die Möglichkeit einer Ökonomie, „in der die vier großen Kräfte, die eine funktionierende Gesellschaft ausmachen – der Staat, der Markt, die Konzerne und die Zivilgesellschaft –, in einem gemäßigten Spannungsverhältnis zueinander stehen. Solange die Spannungen konstruktiv bleiben, können sie sowohl die wirtschaftliche Innovation fördern als auch das Machtungleichgewicht in erträglichem Rahmen halten, auch wenn es sich wahrscheinlich weiter zugunsten der Konzerne verschieben wird.“ (ebd.: 246). Innerhalb dieser Konstellation soll die Sozialdemokratie erneut zu einer durchsetzungsfähigen politischen Kraft werden, die in der Lage ist, dem Kapitalismus Kompromisse abzutrotzen.

Auffallend ist an dieser Perspektive, dass die Analyse der Gründe des Nachkriegskompromisses recht eindimensional ausfällt. Insbesondere vernachlässigt Crouch den historischen Kontext, der zunächst im Wiederaufbau und bereits seit dem Ende der vierziger Jahre wesentlich in der Blockkonfrontation zwischen den Systemen bestand. Auch von der sich in diesem Kontext herausbildenden internationalen Arbeitsteilung und der hegemonialen Struktur der Weltpolitik im entfalteten Fordismus des so genannten „amerikanischen Jahrhunderts“ (Lippmann) ist nicht die Rede. Stattdessen schreibt er lapidar: „Die Kompromisse waren hauptsächlich gekoppelt an jene als Sozialdemokratie bekannte politische Be-

wegung, die in Verbindung mit Arbeiterbewegungen, Arbeitnehmerparteien und Gewerkschaften stand“ (Crouch 2013: 15). Die Ausblendung historischer (und letztlich auch organisationspolitischer) Kontexte betrifft auch die Erneuerung der Sozialdemokratie, als deren Partner Crouch zwar Frauen, junge Generationen und Umweltaktivisten nennt, nicht aber Parteien und Organisationen links der Sozialdemokratie. Dies ist umso erstaunlicher, als Crouchs Erneuerungsprojekt einer sozialdemokratischen Politik im Wesentlichen in einer Kritik des „Dritten Weges“ besteht, der in Deutschland dazu führte, dass sich große Teile der SPD-Linken mit der PDS zur Linkspartei vereinigten. Dem „Dritten Weg“ wirft Crouch zurecht vor, nicht ausreichend „das Problem des akkumulierten Reichtums der Konzerne oder gar ungleiche Verhältnisse in der Gesellschaft zu thematisieren“ (Crouch 2013: 28). Doch sieht Crouch selbst die Möglichkeit einer programmatischen Symbiose von Sozialdemokratie und Marktorientierung, wenn es darum geht die Übermacht der Konzerne über Staat, Markt und Zivilgesellschaft zu überwinden. Gerade im Interesse effizienter Märkte liege es, zu zeigen, dass der Neoliberalismus einige seiner Ziele „leichter mit einer Adaptierung sozialdemokratischer Prinzipien“ erreichen würde (Crouch 2013: 41). Mit dieser „Neuinterpretation der Sozialdemokratie im Sinne des Neoliberalismus“ (ebd.) wird deutlich, dass seine eigene Kritik des Kapitalismus genauso einseitig ausfällt wie seine Kritik der Politik des „Dritten Weges“. Diese habe erkannt, „dass das alte sozialistische Projekt der Überwindung des Kapitalismus unmöglich, ja sogar unerwünscht ist. Ihr Fehler lag darin, (...) jegliche Probleme mit der wachsenden Machtkonzentration der Unternehmen zu ignorieren“ (ebd.). Die von Crouch immer wieder betonte Rolle der globalen Konzerne, die in der ersten Diagnose noch erhellend wirkte, weil sie neben dem Ideologen des Neoliberalismus auch einen konkreten Akteur benannte, führt nun zu einer Verengung der Perspektive, da Crouch sie mit einer Apologie des Marktes als

Steuerungselement von Wirtschaftsprozessen verbindet. Damit korrespondiert nun eine weitgehende Blindheit gegenüber der sozialen Frage, die in seiner ersten Schrift zumindest implizit noch zentral gestellt war.

3 | Klassenkämpfe in der Postdemokratie

Es bleibt, trotz dieser Schwächen, Crouchs großes Verdienst, mit seinem Essay eine Debatte um den Zustand der Demokratie und ihr Verhältnis zur Wirtschaft initiiert zu haben. Eine konsistente Demokratietheorie sucht man bei Crouch indes vergebens. Oszilliert er analytisch zwischen liberalen und sozialen Strängen der klassischen Debatte, so verbleibt er normativ ganz im Rahmen eines letztlich liberalen Trennmodells, das dem Zusammenfallen von sozialer und demokratischer Frage in der Postdemokratie nicht gerecht werden kann. Was für Crouchs Postdemokratiediagnose im Ganzen gilt – die Verbindung von radikalem Befund und normativer Bescheidenheit – gilt auch für seine klassentheoretische Position. Dies zeigt sich nicht zuletzt im ständischen Bild einer mehr oder weniger homogenen Industriearbeiterklasse, die im Niedergang begriffen sei und keine zukunftsfähige politische Position mehr entwickeln könne. Diese These stützt sich nicht zuletzt auf die Beobachtung, dass soziale Bewegungen sich spätestens seit den 1960er Jahren in den meisten Fällen nicht mehr unmittelbar auf Klassenbewegungen zurückführen ließen. Die Beantwortung sozialer Fragen wird darum zivilgesellschaftlichen Akteuren und einem moralischen Aktivismus, bzw. einer in zivilgesellschaftlichem Horizont moralisch erneuerten Sozialdemokratie, die auf grundsätzliche Kapitalismuskritik indes zu verzichten hat, überantwortet. Auch die Idee des Übergangs des moralischen Potentials der sozialen Frage auf die Zivilgesellschaft ist freilich alles andere als neu. Ihren Ursprung hat sie bereits in den vor Jahrzehnten geführten Debatten um die Verfasstheit des (damals vielleicht etwas optimistisch so genannten) „Spätkapitalismus“ (Schäfer 2008, Nachtwey 2010). Die Schlüsse

des damals einflussreichen moraltheoretischen Debattenstrangs hat Axel Honneth einst prägnant zusammengefasst: „Das spätkapitalistische Gesellschaftssystem kann bislang deswegen aufrechterhalten werden, weil das moralisch-praktische Interesse der sozialen Klasse der Lohnarbeiter weitgehend kompensiert und auf die Gleise einer privatistischen Konsumhaltung umgelenkt werden kann. Das normative Potential der Arbeiterschaft scheint durch den Staatsinterventionismus ausgetrocknet. Ein praktisches Interesse an einer höheren Form sozialer Gerechtigkeit sammelt sich, folgt man diesen Prämissen, allein in den gesellschaftlich privilegierten Gruppen, die aus einem ethisch prinzipialisierten Unverständnis für den Instrumentalisierungsgrad spätkapitalistischer Gesellschaft eine von überflüssiger Herrschaft befreite Gesellschaft fordern.“ (Honneth 1999: 112). Konnte sich die These vom Übergang emanzipativer Forderungen an klassenunspezifische, ja sogar von privilegierten Gruppen getragene soziale Bewegung im Fordismus auf die tatsächlich weit reichende sozioökonomische Partizipation von Lohnabhängigen am

gesellschaftlichen Reichtum berufen, so ist dem Argument angesichts der postdemokratischen Aufkündigung dieses historischen Klassenkompromisses im Wortsinn die materielle Grundlage entzogen. Im Zeitalter des einseitig „von oben“ (Streeck 2013) wieder in Bewegung gebrachten Verteilungskampfes ist das, was vielleicht einmal als „Sensibilisierung sozialisatorisch privilegierter Gruppen für immaterielle Deprivation“ (Honneth 1999: 124) gedeutet werden konnte, nicht mehr geeignet, die Klasseninteressen der Subalternen zu kompensieren.

Isoliert von der sozialen Frage werden etwa Naturschutz und Lebensmittelsicherheit, Feminismus und die rechtliche Gleichstellung Homosexueller zu Feldern der Privilegienverteidigung gentrifiziert. Der Widerstand gegen Infrastrukturbaumaßnahmen vermischt sich mit der Angst um den Wert des Eigenheims, die Gleichstellung der Geschlechter verdünnt sich zur „Chancengerechtigkeit“ in der Karriereplanung, der Kampf um die Rechte Homosexueller erschöpft sich in der Forderung nach der Ausweitung des Ehegattensplittings. Im Zei-



chen „grünen Wachstums“ (durch das die grüne Kapitalismuskritik zum Verstummen gebracht wird), der geschlechtergerechten Quotierung von Unternehmensvorständen (hinter denen die freilich noch immer zentralen Forderungen nach einer Überwindung der Einkommensdifferenz von Frauen und Männern beinahe verschwinden) oder der – zumindest in aufgeklärten Regionen der Bundesrepublik – weitgehend akzeptierten schwul-lesbischen Eventkultur (bei der sich kaum jemand fragt, wovon ein/e homosexuelle/r Hartz IV-Empfänger/in die Cocktails bezahlen soll) ist die einstmals selbstverständlich unterstellte Solidarität zwischen neuen sozialen Bewegungen mit den Interessen subalternen Klassen kaum noch zu imaginieren. Stattdessen sind in ihren Spätausläufern die Abstiegsängste der Mittelklasse ebenso wie die Verlustängste der Oberklasse zum eigentlichen Motor geworden – nicht zuletzt auf Kosten jener von Umweltzerstörung, Sexismus oder Homophobie Betroffenen, die als Angehörige subalternen Klassen doppelt und dreifach unter den gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen zu leiden haben. Wenn in dieser postdemokratischen Lage das Bündnis der Sozialdemokratie mit den privilegierten moralisch bewegten Schichten empfohlen wird, ist anzunehmen, dass sich dies lediglich als eine Facette des von Crouch empfohlenen Anpassungsprozesses an den „Neoliberalismus“ erweisen dürfte: Die Folge wäre eine Stärkung, wenn nicht gar ein Ausbau privilegierter Positionen, der sich – mit der Sozialdemokratie im Bunde – im hegemonialen Diskurs umso ertragreicher als im Namen des gesellschaftlichen Fortschritts geschehend darstellen könnte.

Selbstermächtigung und Organisation der Gleichheitsinteressen der Unterklassen werden in der Postdemokratie wohl eher neben Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie verwirklicht. Es erscheint daher angemessen, eine neoproletarische Perspektive einzunehmen, die auf die postproletarische folgt und neben die neorepublikanische tritt. Diese müsste den Veränderungen in der Arbeitswelt ebenso Rechnung tragen, wie der nicht zu leugnenden Transforma-

tion der industriellen Strukturen der Gesellschaften im Gegenwartskapitalismus. Die oben skizzierte Rückkehr der sozialen Frage verlangt geradezu nach einer (Wieder)Aufnahme des Klassenbegriffs in die Demokratietheorie. „Niemand kann nach dem, was seit 2008 geschehen ist, Politik und politische Institutionen verstehen, ohne sie in enge Beziehung zu Märkten und wirtschaftlichen Interessen sowie den aus ihnen erwachsenden Klassenstrukturen und Konflikten zu setzen.“ (Streeck 2013: 17f.) Streecks Bemerkung könnte dabei leicht an die soziologische Diskussion um den Klassenbegriff und das Bewusstsein von Lohnabhängigen (Detje u.a. 2013, Dörre u.a. 2013, Neckel 2008) anschließen. Diese und ähnliche Studien zeigen, dass es keineswegs einen Anlass gibt, den vorschnellen Schluss zu ziehen, eine aus ökonomischen Klassenpositionen resultierende politische Klassenbildung sei (heute) nicht (mehr) möglich – und das moralische Potential expliziter Klassenbewegungen sei längst erschöpft. Für eine demokratietheoretisch anschlussfähige Soziologie sozialer Bewegungen bietet es sich vielmehr an mit Uwe Becker „zu unterscheiden zwischen Klassen im Sinne ökonomischer Kategorien und politischen Kräften und diese zu differenzieren in klassenpositionsgebundene und andere politische Kräfte.“ (Becker 2010: 39). Lässt sich mithilfe dieser Unterscheidungen so etwas wie eine klassentheoretisch fundierte Typologie politischer und sozialer Bewegungen aufstellen, so ist die Frage ob und inwieweit sich zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ökonomische Klassenpositionen *politisch* formieren oder – in Beckers Terminologie – auf ihnen beruhende Interessen in Bewegungen artikulieren, letztlich nur durch empirische Forschung zu beantworten.

Insbesondere das Jahr 2011 wird mittlerweile von zahlreichen Autoren als ein für das Entstehen neuer sozialer Kämpfe zentrales Datum genannt: Mögen auch bei der Beschäftigung mit den Umsturzbewegungen in der arabischen Welt, dem Aufkommen der Occupy-Bewegung, der Bewegung der spanischen *Indignados* und

den Generalstreiks in Griechenland und Portugal erst einmal die Unterschiede zwischen den Bewegungen auffallen, so lässt sich doch beobachten, dass sie alle als Folge der Krisenprozesse zu verstehen sind (Deppe 2013, 270f.). So gut wie alle diese Bewegungen verbinden den Protest gegen den krisenhaften, globalisierten Kapitalismus mit demokratiepolitischen Forderungen (Deppe 2013, 274). Dieser doppelten Frontstellung gegen die Auswirkungen des globalisierten Kapitalismus und für eine Erneuerung (bzw. bezogen auf die arabische Welt Implementierung) demokratischer Verhältnisse, könnten neue Bündnisse entspringen, die sich als Alternativen zu reinen Mittelklasse-Oberklasse-Bewegungen herausstellen. Das Jahr 2011 hat gezeigt, dass unterschiedliche soziale Träger des Protests (Arbeiterbewegung, jugendliche Migrant*innen, jugendliche Mittelschicht) zu unterschiedlichen Protestformen greifen (Streiks, Riots, Occupy) (Deppe 2013, 283). Dieser Befund deckt sich weitgehend mit den „drei Typen nicht-normierter Konflikte“, die Stefan Schmalz und Nico Weinmann für Europa unterscheiden: Zum einen seien in verschiedenen europäischen Ländern „*bosnapping*, wilde Streiks und Betriebsbesetzungen“ zu verzeichnen, deren „soziale Basis“ nach wie vor die Industriearbeiterschaft sei. Zweitens Bewegungen gegen die Sparmaßnahmen (Generalstreiks), die sowohl von Gewerkschaften als auch „von Prekarierte[n] oder Arbeitslose[n] mit Hochschulreife“ getragen würden. Den dritten Typus schließlich bilden die Riots der prekär beschäftigten Jugendlichen in den Vorstädten (Schmalz/Weinheim 2013, 96f.) Nur unschwer ist zu erkennen, dass in diesen Bewegungen (durchaus unterschiedliche) sozioökonomische Klasseninteressen ebenso artikuliert werden, wie (man denke etwa an die Gentrifizierungs- oder auch die Flüchtlingsdiskussion) materiell geerdete und mit der sozialen Frage auf engste verknüpfte moralische Impulse. Crouchs Diagnose hält zurecht daran fest, dass soziale Kompromisse nicht gewährt werden, sondern politisch erzwungen werden müssen. Ohne Einschluss dieser sozialen Bewegungen

und Berücksichtigung ihrer Gleichheitsinteressen wird es jedoch dazu sicher nicht kommen können.

Dr. Oliver Eberl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Darmstadt. Kontakt: eberl@pg.tu-darmstadt.de.

Dr. David Salomon lehrt an der Universität Siegen Politikwissenschaft. Kontakt: david.salomon@uni-siegen.de.

Anmerkungen

¹ Mit der Ausnahme des Forschungsjournal, das schon 2006 der „Postdemokratie“ ein Heft widmete, siehe dazu das Editorial dieses Heftes.

² Aus der Erklärung des DGB: „Armutslöhne sind Löhne, die bei Vollzeitbeschäftigung zu einem Einkommen unter der Armutsgrenze führen. Eine in Politik und Öffentlichkeit benutzte Angabe der relativen Armutsgrenze ist dabei 50 Prozent oder 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. (...) Bei dieser Definition wären Monatseinkommen unter 1.442 Euro bzw. Stundenlöhne unter 8,67 Euro (bei 38,5 Std/Woche) als Armutslöhne zu bezeichnen.“ <https://www.mindestlohn.de/hintergrund/lexikon/armutslohn/> (18.2.2014).

³ Siehe hierzu auch die Überlegungen Ingolfur Blühdorns in diesem Heft.

Literatur

Abendroth, Wolfgang 2008: Demokratie als Institution und Aufgabe. In: ders.: *Gesammelte Schriften Bd. 2*, Hannover: S. 407-416.

Becker, Uwe 2010: Zum Status der Klassentheorie und der klassentheoretisch fundierten Politikanalyse – heute. In: Thien, Hans-Günter (Hrsg.): *Klassen im Postfordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 23-45.

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) 2013: *Demokratie oder Kapitalis-*

mus? Europa in der Krise. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft.

Brand, Ulrich 2009: Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Breuer, Rolf-E. 2000: Die Fünfte Gewalt. In: Die Zeit am 27. April 2000.

Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung - Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/Main u.a.: Campus.

Crouch, Colin 2013: Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. Wien: Passagen Verlag.

Crouch, Colin 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin: Suhrkamp.

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Deppe, Frank 2013: Autoritärer Kapitalismus - Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA.

Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter 2013: Krise ohne Konflikt? - Interessen und Handlungsorientierung im Betrieb - die Sicht von Betroffenen. Hamburg: VSA.

DGB: <http://www.mindestlohn.de/hintergrund/faq/kann-man-davon-leben/> (25.1.2014).

Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) 2013: Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen - Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA.

Eberl, Oliver/Salomon, David 2013: Postdemokratie und soziale Demokratie. In: Politische Vierteljahresschrift 54, S. 415-425.

Ehrenreich, Barbara 2001: Arbeit poor - Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. München: Kunstmann.

Esping Andersen, Gøsta 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: University Press.

Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Haus, Michael 2012: Regieren als Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie- und Governance-Diskurs. In: Egner, Björn, Haus, Michael, Terizakis, Georgios (Hrsg.): Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt. Wiesbaden: Springer VS, S. 135-155.

Hobsbawm, Eric 1998: Das Zeitalter der Extreme - Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: dtv.

Honneth, Axel 1999. Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten bei der Analyse normativer Handlungspotentiale. In: Ders. Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 110-129.

IFRC: International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies 2013: Think differently. Humanitarian impacts of the economic crisis in Europe. http://www.ifrc.org/PageFiles/134339/1260300-Economic-crisis-Report_EN_LR.pdf.pdf (25.1.2014).

Jörke, Dirk 2013: Re-Demokratisierung der Postdemokratie durch alternative Beteiligungsverfahren? In: Politische Vierteljahresschrift 54, S. 485-505.

Losurdo, Domenico 2008: Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts. Köln: Papyrossa.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 2008: Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes: Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit - Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Wiesbaden: Springer VS, 219-236.

Möllers, Christoph 2008: Demokratie - Zumutungen und Versprechen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Nachtwey, Oliver 2010: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus revisited. In: Becker, Karina u.a. (Hrsg.): Titel. Frankfurt am Main: Campus. S. 359-379.

Neckel, Sighard 2013. „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. In: Leviathan 41/1, S. 39-56.

Neckel, Sighard 2008: Die gefühlte Unterschicht. Vom Wandel der sozialen Selbstein-

schätzung. In: Rolf Lindner und Lutz Musner (Hrsg.): *Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der „Armen“ in Geschichte und Gegenwart*. Freiburg, Berlin, Wien: Rombach (Edition Parabasen), S. 19-40.

Nullmeier, Frank 2013. Zu einer politischen Theorie der Marktökonomie. Theoriebildung in Zeiten der Postdemokratie. In *Politische Vierteljahresschrift* 3/2013, S. 426-460.

Nullmeier, Frank 2012: Was kann Volkssouveränität angesichts globalen Regierens noch bedeuten? In: Peter Niesen (Hg.): *Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie*. Frankfurt/New York: Campus, S. 161-188.

Rancière, Jacques 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/ders.: *Politik der Wahrheit*. Wien und Berlin: Turia und Kant, S. 119-156.

Rosanvallon, Pierre 2013: *Die Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg: Hamburger Edition.

Sauer, Birgit 2011: Die Allgegenwart der ‚Androkratie‘: feministische Anmerkungen zur ‚Postdemokratie‘. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 1/2, 32-36. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schäfer, Armin, Schoen, Harald 2013: Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der

Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In *Leviathan*, Heft 1/2013, S. 94-120.

Schäfer, Armin 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Heft 4/2010, S. 131-156.

Schäfer, Armin 2008: Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie. In *der moderne staat* 2 (1), S. 159-183.

Schäfer, Armin/Wolfgang Streeck 2013: *Politics in the Age of Austerity*. Polity Press.

Schmalz, Stefan/Weinmann, Nico 2013: Zwei Krisen, zwei Kampfszyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich. In: Stefan Schmalz/Klaus Dörre: *Comeback der Gewerkschaften? – Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt/Main u.a.: Campus, S. 76-98.

Streeck, Wolfgang 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

Wood, Ellen Meiksins 2010: *Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*. Köln: Neuer ISP-Verlag.

A massive escalation of truly disruptive action?

Bürgerprotest und Nachhaltigkeit in der postdemokratischen Konstellation

Ingolfur Blühdorn

1 | Einleitung

Differenzen gibt es bei der Begrifflichkeit und der Analyse im Detail, doch im Kern ist die Diagnose vom Niedergang der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und der weitgehend entpolitisierten Verwaltung moderner Konsumentengesellschaften inzwischen unstrittig. Gerade vor Wahlen mühen sich Parteien, enga-

gierte Sozialwissenschaftler und Organe der politischen Bildung zwar redlich, die Lebendigkeit der Demokratie und die Gestaltungsmacht der Bürger herauszustellen. Doch ihre Anstrengungen bestätigen letztlich nur die Richtigkeit des Befundes; und wenn nach Vollzug des Wahlrituals – befürwortet von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit – eine große Koalition aus Parteien die Regierungsges-